

ches. der Stimmen als andere Bewerber für ein Mandat benötigen — wie zum Beispiel in Frankreich. Und da wird schließlich in der Welt des Kapitals der gesamte gedruckte und elektronische Medienapparat, aufgeboten, um die Stimmen des Fortschritts und der Demokratie zu unterdrücken. Kürzlich wurde erst bekannt, wie unter offenem Bruch der USA-Verfassung den Kandidaten unserer Bruderpartei in den Vereinigten Staaten zur Präsidentschaftswahl, Gus Hall und Jarvis Tyrner, in den Staaten Michigan, Utah und New Jersey die Registratur ihrer Kandidatur verweigert wurde. In Michigan erklärten Behördenvertreter zynisch, man wolle die Kommunisten von der Wahl ausschließen, um Papier für die Stimmzettel am 2. November zu sparen.

In jenen westeuropäischen Ländern, in denen eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten im Ergebnis von Wahlen trotz vielfältiger Manipulationen, Behinderungen und terroristischer Akte nicht mehr ausgeschlossen werden kann, greift der Imperialismus zur direkten innenpolitischen Einmischung und Erpressung. Kennzeichnend dafür ist die Erklärung des BRD-Bundeskanzlers Schmidt, Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der IKP keine weitere wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren.

Damit zeigt sich einmal mehr, daß die imperialistischen Politiker, die ein so großes Geschrei über Demokratie und Freiheit anstimmen, in Wirklichkeit bereit sind, das eine wie das andere nur insofern zu dulden, als dadurch ihre Machtvollkommenheit nicht berührt wird.<sup>7)</sup>

talistischen Bedingungen man auch nimmt — das Gerede von der ach so reinen Demokratie erweist sich als Lug und Trug.

Doch zugleich wächst auch der demokratische Widerstand. Kommunisten, Sozialisten, Demokraten schließen sich immer enger zur Verteidigung der verbliebenen und zum Ausbau der in Jahrzehnten erkämpften Rechte zusammen.

Und je mehr der Imperialismus sein wahres Gesicht zeigt, je stärker der Wille der Völker nach wahrer Demokratie wird, je machtvoller die Kämpfe um politische und soziale Rechte der Werktätigen im Kapitalismus entbrennen — um so bedeutungsvoller wird die Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus. In Gestalt der sozialistischen Demokratie und deren weiterer Entfaltung ist jene Vision Wirklichkeit geworden, von der Friedrich Engels schrieb: „Was die bürgerliche Demokratie ... nicht fertigbringen konnte, eben weil sie bürgerlich war und nicht proletarisch, nämlich den arbeitenden Massen einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht — das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken.“<sup>8)</sup>

Siegfried Ullrich

1) Programm der SED, Berlin 1976, S. 14.

2) W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 273.

3) Vgl. Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag, Broschüre, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 24.

4) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 425.

5) W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 243.

6) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 474.

7) Vgl. L. I. Breshnew, Rede auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Neues Deutschland, 30. Juni 1976.

8) F. Engels, Anti-Dühring, Berlin.

## Unternehmerverbände kontra Gewerkschaften

In den allgemeinen Abbau der bürgerlichen Demokratie und in den Drang nach autoritärer Machtabsicherung paßt sich ein Vorgang in der BRD ein, der direkt gegen den organisierten Kampf der Werktätigen zur Durchsetzung ihrer demokratischen und sozialen Rechte gerichtet ist: Die beiden bedeutendsten Monopolverbände dieses Staates, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) werden ab 1. Januar 1977 einen gemeinsamen Präsidenten haben.

Die Monopolherren in der BRD sprechen offen aus, daß dieser Schritt eindeutig gegen die demokratischen Rechte der Gewerkschaften gerichtet ist. „Wo sich mächtige und schlagkräftige Gewerkschaften versammelt haben ... bedarf es ebenso mächtiger und schlagkräftiger Unternehmerverbände, wenn

die Ordnung nicht zu Bruch gehen soll“, schrieb ein Unternehmerblatt.

Der antidemokratische Charakter dieses Vorgangs läßt sich sowohl an den damit verbundenen Zielen als auch an der Person dieses „Doppelpräsidenten“ eindeutig nachweisen: Es handelt sich, um den eingefleischten Feind der Arbeiterklasse H. M. Schleyer. Als strammes NSDAP- und SS-Mitglied machte er sich bei der Einverleibung des tschechoslowakischen Industriekapitals in die faschistische Rüstungswirtschaft „verdient“. Nach dem Krieg stand er stets auf Seiten des wiedererstarkenden Monopolkapitals in der BRD und scheute sich nicht, als Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie in Baden-Württemberg Hunderttausende Metallarbeiter auszusperrten.

Welchen Bereich des gesellschaftlichen Lebens unter kapi-